



Organisation intergouvernementale pour les transports internationaux ferroviaires  
Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr  
Intergovernmental Organisation for International Carriage by Rail

**Assemblée générale  
Generalversammlung  
General Assembly**

**SG-18035-AG 13/10  
25.05.2018**

Original: EN

## **13. TAGUNG**

---

### **Teilrevision des Grundübereinkommens**

Vorschlag zur Änderung des Artikels 34 des Grundübereinkommens und der Erläuternden Bemerkungen

(Änderung des Verfahrens zur Revision des COTIF)

## I. EINLEITUNG

1. Gemäß Artikel 17 § 1 Buchst. b) COTIF hat der Revisionsausschuss auf seiner 26. Tagung vom 27.-28. Februar 2018 Vorschläge zur Änderung des Artikels 34 des Grundübereinkommens behandelt und den Generalsekretär beauftragt, diese, in der während der Tagung geänderten Fassung, der Generalversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

**Anlage 1** dieses Dokuments enthält Textvorschläge zur Änderung des Artikel 34 des Grundübereinkommens.

Der Revisionsausschuss hat die Begründung für die Änderung von Artikel 34 geprüft und den Generalsekretär beauftragt, die Erläuternden Bemerkungen entsprechend zu ändern und der Generalversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

**Anlage 2** dieses Dokuments enthält Textvorschläge zur Änderung der Erläuternden Bemerkungen.

Der Revisionsausschuss unterstützte die Einführung eines „sanften“ Berichterstattungsmechanismus durch Beschluss der Generalversammlung, der den Mitgliedstaaten beim Abschluss ihrer nationalen Verfahren im Hinblick auf die von der Generalversammlung angenommenen Änderungen helfen soll.

## II. KONTEXT UND INHALT DES VORSCHLAGS

2. Das Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 3. Juni 1999 sieht für das COTIF derzeit hauptsächlich zwei Änderungsverfahren vor.

*Änderung durch die Generalversammlung.* Die Generalversammlung ist zuständig für Änderungen am Grundübereinkommen und seinen Anhängen, sofern mögliche Änderungen gemäß Artikel 33 „Zuständigkeiten“ nicht ausdrücklich im Zuständigkeitsbereich bestimmter Ausschüsse liegen.

Von der Generalversammlung angenommene Änderungen müssen von den Mitgliedstaaten genehmigt werden. Die Modalitäten für die Erteilung dieser ‚Genehmigung‘ richten sich nach dem Verfassungsrecht jedes Mitgliedstaats. Die ‚Genehmigung‘ als Völkerrechtsakt ist Zeichen der Zustimmung des Mitgliedstaates zu Änderungen an einem Vertrag.

Die Änderungen treten zwölf Monate nach ihrer Genehmigung durch eine spezifizierte Anzahl Mitgliedstaaten in Kraft: zwei Drittel bei Änderungen am Grundübereinkommen und die Hälfte bei Änderungen an den Anhängen.

Vor Inkrafttreten der Änderungen können die Mitgliedstaaten eine Erklärung abgeben, dass sie den Änderungen nicht zustimmen. Solche Erklärungen können die Beendigung der Mitgliedschaft eines Staates zur Folge haben. Mit Inkrafttreten der Änderungen an einem Anhang setzt die Anwendung des betreffenden Anhangs in und zwischen den Mitgliedstaaten aus, die eine Erklärung über die Nichtgenehmigung der Änderungen an diesem Anhang abgegeben haben.

*Änderungen durch den Revisionsausschuss.* Änderungen treten am ersten Tag des zwölften Monats nach dem Monat in Kraft, an dem der Generalsekretär sie den Mitgliedstaaten mitgeteilt hat.

Eine explizite Genehmigung der vom Revisionsausschuss angenommenen Änderungen durch die Mitgliedstaaten ist auf internationaler Ebene nicht erforderlich (stillschweigende Genehmigung).

Die Mitgliedstaaten können innerhalb von vier Monaten nach der Mitteilung der Änderungen durch den Generalsekretär Widerspruch einlegen. Im Falle eines Widerspruchs von einem Viertel der Mitgliedstaaten tritt die Änderung nicht in Kraft. Mit Inkrafttreten der Änderungen an einem Anhang

setzt die Anwendung des betreffenden Anhangs in und zwischen den Mitgliedstaaten aus, die Widerspruch gegen die Änderungen an diesem Anhang eingelegt haben.

3. Das aktuelle Revisionsystem des COTIF wurde auf der 5. Generalversammlung (Vilnius 26.5.-3.6.1999) diskutiert und angenommen. Es lohnt sich, sich einige der damals angestellten entscheidenden Erwägungen erneut vor Augen zu führen:

- a) Wichtige Änderungen oder Änderungen, die das Zivilrecht, wie insbesondere Haftungsgrundsätze, berühren, müssen in einigen Mitgliedstaaten vom Parlament genehmigt werden. Dies gilt beispielsweise für Bestimmungen zum Anwendungsbereich, der Haftung oder der Beweislast. Die Annahme eines Gesetzes zur Übertragung dieser Bestimmungen in nationales Recht ist innerhalb eines Jahres nicht möglich.
- b) Ein zu kurzer Zeitraum könnte Mitgliedstaaten dazu zwingen, entweder eine nicht gewollte Änderung zu akzeptieren oder einer Änderung zu widersprechen, weil verfassungsrechtliche Hindernisse ihrer Annahme im Wege stehen, oder aber sich ganz von der OTIF zurückzuziehen.
- c) Änderungen an einem ratifizierungspflichtigen Übereinkommen erfordern ebenfalls wieder eine Ratifizierung.
- d) Die Genehmigung von Änderungen durch einen Mitgliedstaat sollte immer explizit erfolgen, die Möglichkeit, sein Schweigen als Zustimmung zu werten, sollte nicht gegeben sein.

4. Die Erfahrung hat gezeigt, dass nationale Genehmigungsverfahren für von der Generalversammlung angenommene Änderungen rund sechs Jahre<sup>1</sup> in Anspruch nehmen. Die jüngst von der 12. Generalversammlung (Bern, 29. und 30. September 2015) beschlossenen Änderungen werden nicht vor der 13. Generalversammlung im September 2018 (d. h. drei Jahre nach ihrer Annahme) in Kraft treten, auf der weitere Änderungen am COTIF zu erwägen sein werden.

Die nachteiligen Auswirkungen des derzeitigen, langwierigen Revisionsprozesses des COTIF bei von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen werden in der [„Rechtlichen Bewertung des Verfahrens zur Überarbeitung des COTIF und von Möglichkeiten, es zu ändern“](#) von Dr. Catherine Brölmann wie folgt beschrieben:

- a) Vergeht eine lange Zeit zwischen bedeutsamen Übereinkommensänderungen und deren Inkrafttreten, kann sich das nachteilig auf erforderliche Folgeänderungen auswirken, da diese in Verbindung stehen können zu den noch nicht in Kraft getretenen Änderungen.
- b) Das COTIF sieht zwei unterschiedliche Verfahren für Änderungen am Übereinkommen und an den Anhängen vor, wodurch sich Inkohärenzen zwischen Anhängen oder gar innerhalb einzelner Anhänge ergeben können.
- c) Ein langwieriger Inkrafttretensprozess der COTIF-Änderungen wirkt sich unmittelbar auf den Eisenbahnmarkt der Mitgliedstaaten aus. Der Regulierungsrahmen entspricht nicht dem Marktbedürfnis nach Schnelligkeit und Anpassungsfähigkeit – was im Endeffekt den Anteil der Mitgliedstaaten am Eisenbahnverkehrsmarkt beeinträchtigen kann.
- d) Was für die Auswirkungen eines verzögerten Inkrafttretens der COTIF-Änderungen auf den Markt gilt, gilt auch für die Unvorhersehbarkeit des Inkraftsetzungstermins. Die einzelstaatliche Genehmigung ist abhängig von rechtlichen und bisweilen politischen Gegebenheiten der jeweiligen nationalen Rechtsordnung des Mitgliedstaates.
- e) Aus der parallelen Entwicklung nationalen und regionalen Rechts (der EU, aber auch des EWR) können Inkohärenzen und Abweichungen im Vergleich zu COTIF-Vorschriften entstehen. Demzufolge können sich Mitgliedstaaten gezwungen sehen, eine Erklärung über die Nichtanwendung bestimmter COTIF-Anhänge abzugeben.

---

<sup>1</sup> Bis zum Inkrafttreten des COTIF 1980 gingen fünf Jahre ins Land, beim Protokoll vom 20. Dezember 1990 sechs Jahre und beim Protokoll von Vilnius vom 3. Juni 1999 sogar sieben Jahre.

5. Zur Vereinfachung des Revisionsverfahrens des COTIF muss ein Gleichgewicht zwischen Effizienz und Wirksamkeit internationalen Rechts und hinreichend nationaler Kontrolle über den Vertragsschließungsprozess gefunden werden. Zur Erreichung dieses Ziels wird vorgeschlagen, den genauen Inkrafttretenstermin der von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen an den Anhängen von vornherein festzulegen. Mitgliedstaaten müssten die Änderungen nicht länger auf internationaler Ebene genehmigen. Nationale Verfahren zur Genehmigung und/oder Integration der Änderungen in die innerstaatliche Rechtsordnung wären jedoch weiterhin möglich. Mit dieser Lösung würde sichergestellt, dass sich sowohl die Mitgliedstaaten als auch der Privatsektor des präzisen und angemessenen zeitlichen Rahmens für die nationalen Genehmigungs-/Integrationsverfahren der Änderungen und die Anpassung von Verträgen bewusst sind.

### III. VORBEREITENDE ARBEITEN

6. Das bei der 124. Tagung des Verwaltungsausschusses (Bern, 29. und 30. Januar 2016) angenommene Arbeitsprogramm 2016-2017 enthielt folgenden Satz: „Mit dem Ziel einer kohärenten und schnellen Umsetzung der Änderungen des COTIF und seiner Anhänge wird die Rechtsabteilung eine Anpassung von Artikel 34 COTIF prüfen, so dass die von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen innerhalb einer bestimmten Frist angewendet werden können.“

Das Sekretariat der OTIF hat eine Studie über die „Durchführbarkeit einer Änderung des Verfahrens zur Revision des COTIF“ durchgeführt und dem 126. Verwaltungsausschuss (Bern, 6. und 7. Dezember 2016) präsentiert. Der Verwaltungsausschuss hat die Studie und den Vorschlag des Generalsekretärs, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit der Unterstützung eines anerkannten Völkerrechtsexperten dieses Themas annehmen sollte, zur Kenntnis genommen. Im Anschluss wurde eine geringfügig abgeänderte [Studie](#) der Arbeitsgruppe „Änderung Revisionsverfahren COTIF“ (nachstehend „Arbeitsgruppe“) unterbreitet.

7. Im Anschluss an eine Ausschreibung wurde der Auftrag, eine juristische Stellungnahme zum Revisionsverfahren des COTIF und möglichen Änderungsoptionen an Frau Dr. Catherine Brölmann, Privatdozentin für Völkerrecht an der Universität Amsterdam, vergeben. Diese juristische Stellungnahme mit dem Titel [„Rechtliche Bewertung des Verfahrens zur Überarbeitung des COTIF und von Möglichkeiten, es zu ändern“](#) (nachstehend „Rechtliche Bewertung“) wurde der Arbeitsgruppe des Generalsekretärs zwecks Untersuchung der Durchführbarkeit einer Änderung des Verfahrens zur Revision des COTIF unterbreitet.

Die [Rechtliche Bewertung](#) bezweckt eine juristische Prüfung der Notwendigkeit und Möglichkeit einer Änderung des Verfahrens zur Überarbeitung des COTIF. Sie beinhaltet eine rechtliche Analyse des derzeitigen Rechtsrahmens, seiner Komplexität und der negativen Auswirkungen des heutigen Verfahrens zur Überarbeitung des COTIF, des Völkerrechts und der Verabschiedung von Vertragsänderungen bei internationalen Organisationen in der Praxis.

Der Überblick über die internationale Praxis umfasst die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO), die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), den Weltpostverein (WPV) und diverse Vertragsregimes. Die internationale Rechtspraxis weist also unterschiedliche Mechanismen aus, welche internationale Organisationen und Vertragsgemeinschaften zum Erlass neuer oder zur Änderung alter Vorschriften heranziehen, wobei die Zustimmung der Staaten als Rechtsgrundlage aufrechterhalten bleibt. Diese reicht von der definitiven Zustimmung, die Mitgliedstaaten im Voraus erteilen, woraufhin Organisationen oder Organe ohne weitere Rücksprache mit den Mitgliedstaaten agieren können, bis zur Bestätigung der Zustimmung der Mitgliedstaaten zu jeder einzelnen Entscheidung, je nach Art der Organisation oder des Vertragssystems, und je nach Beschaffenheit der zu erlassenden Vorschriften oder Änderung. Solch eine Genehmigung kann in expliziter Form eingefordert werden oder es kann beschlossen werden, dass Staaten gebunden sind, wenn sie nicht innerhalb einer bestimmten Frist Widerspruch erhoben haben. Dieser Mechanismus wird oft als ‚stillschweigende Zustimmung‘ (oder

„stillschweigendes Einvernehmen“) bezeichnet, oder als „Ausstiegsmöglichkeit“ (*Opt out*‘, „Nichtbeitritt“ oder „Negativratifizierung“). Stillschweigende Zustimmung und Opting-out sind in der internationalen Praxis heute weit verbreitet, und zwar wegen der Flexibilitätsansprüche an Vertragssysteme und der erforderlichen Effizienz der Prozessabwicklung durch internationale Organisationen und Vertragsorgane.

Am Ende der [Rechtlichen Bewertung](#) werden acht mögliche Änderungen für das Revisionsverfahren des Übereinkommens und seiner Anhänge vorgeschlagen, mit denen dieses weiter verbessert werden soll.

8. Die Arbeitsgruppe zur Änderung des Revisionsverfahrens des COTIF hat am 3. Mai 2017 in Bern getagt (der [Bericht der Tagung](#) ist auf der Website der OTIF verfügbar). Ihre Beratungen stützten sich auf die von Frau Dr. Catherine Brölmann in ihrer [Rechtlichen Bewertung](#) gemachten Empfehlungen und Vorschläge.

Die sehr produktiven Diskussionen der Arbeitsgruppe haben ergeben, dass das Völkerrecht durchaus flexibel ist und eine Reihe an möglichen Lösungen zulässt, mit denen das Inkrafttreten der von der Generalversammlung angenommenen Änderungen am COTIF beschleunigt werden kann. Zugleich haben die Diskussionen jedoch auch die Schwierigkeiten aufgezeigt, die die Mitgliedstaaten mit ihren einzelstaatlichen Verfahren haben. Neben völkerrechtlichen Bestimmungen zu Vertragsschließungen existiert auch eine ebenso bedeutsame Gesetzessammlung auf nationaler Ebene, die das Verhalten jedes Staates bei Vertragsschließungen regelt, wie beispielsweise dass bei nationalen Verfahren dem Konsens eine Konsultation vorgeschaltet ist, oder den Platz des Vertrages in der innerstaatlichen Rechtsordnung.

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe waren sich jedoch einig, dass das Sekretariat gut daran tat, Lösungen zur Vermeidung eines internen Missverhältnisses zwischen vom Revisionsausschuss und von der Generalversammlung angenommenen Änderungen einerseits und eines externen Missverhältnisses, hauptsächlich zum EU-Recht, zu suchen, da eine der Aufgaben der OTIF darin bestehe, als Brücke zwischen denjenigen Mitgliedstaaten, die gleichzeitig der EU angehören, und denen, die dies nicht tun, zu fungieren.

Einige Mitgliedstaaten sprachen sich in der Arbeitsgruppe für eine bestimmte Lösung aus, konkret für das Inkrafttreten der von der Generalversammlung angenommenen Änderungen zu einem festgesetzten Zeitpunkt. Zugleich wurde überlegt, ob diese Lösung mit einem Berichtverfahren kombiniert werden könnte, um Staaten, die die Änderungen bis zu der gesetzten Frist nicht genehmigen können, die Möglichkeit zu geben, die Gründe dafür zu erläutern, so dass die Organisation bei der Ermittlung der Hindernisse und ihrer Überwindung helfen kann.

Es wurde beschlossen, einen Fragebogen zu den auf Änderungen am COTIF anwendbaren nationalen Verfahren zu verschicken, in dem insbesondere nach der Verfügbarkeit und Durchführbarkeit eines vereinfachten Verfahrens (d. h. anders als beim Abschluss eines neuen Vertrages/Beitritts zum COTIF) für die Genehmigung aller oder bestimmter Änderungen am COTIF und nach der für diese nationalen Verfahren benötigten Zeit gefragt wurde.

9. Sechszwanzig Mitgliedstaaten haben auf den Fragebogen zu den auf Änderungen am COTIF anwendbaren nationalen Verfahren geantwortet: Belgien, Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Lettland, Litauen, Luxemburg, EJR Mazedonien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn und Vereinigtes Königreich. Basierend auf diesen Informationen hat das Sekretariat einen Überblick über die verschiedenen nationalen Verfahren erstellt. Ferner wurden die Antworten aus dem Fragebogen um weitere Nachforschungen zu Gesetz und Praxis in den Mitgliedstaaten ergänzt.

Es hat sich herausgestellt, dass die nationalen Verfahren sehr unterschiedlich sind und i. d. R. die nach dem COTIF erforderlichen völkerrechtlichen Verfahren nicht widerspiegeln. Die Beteiligung von

Exekutive und Legislative variiert von Staat zu Staat. Auch wenn eine präzise Kategorisierung aller Mitgliedstaaten nicht möglich ist, können doch gewisse Übergruppen unterschieden werden:

- a) Das Parlament ist an allen innerstaatlichen Genehmigungs-/Eingliederungsverfahren jeglicher Änderungen am COTIF beteiligt, unabhängig davon, ob dieses Verfahren im COTIF für die jeweilige Änderung so festgeschrieben ist oder nicht.
- b) Das Parlament muss beteiligt werden, wenn die Bestimmungen des COTIF eine Änderung des nationalen Rechts erforderlich machen oder wenn es sich um grundlegende oder wichtige finanzielle Fragen handelt. Wenn aber der Abschluss eines Vertrages auf internationaler Ebene keinerlei Auswirkungen auf innerstaatliches Recht hat, kann diese Handlung ganz legitim als Exekutivaufgabe behandelt werden.
- c) In Bezug auf Änderungen am COTIF sind nationales Verfahren und zuständige Organe in einigen Mitgliedstaaten im Vorfeld festgelegt, in anderen wird die Entscheidung von Fall zu Fall, je nach Bewertung des Inhalts der betreffenden Bestimmungen getroffen. Zu beachten ist hier, dass dieselben Bestimmungen je nach nationaler Rechtspraxis als wesentlich oder unwesentlich angesehen werden können. So wurden die von der 12. Generalversammlung angenommenen Änderungen nach nationaler Bewertung der betreffenden Bestimmungen teilweise von der Exekutive und teilweise von der Legislative genehmigt.

Einige Rechtsordnungen sehen ein vereinfachtes Verfahren für die Genehmigung/Integration von Änderungen an einem internationalen Übereinkommen vor. Auch diese Verfahren sind jedoch recht unterschiedlich. Einige Mitgliedstaaten haben zudem angegeben, dass bei Zuständigkeit der EU auch Unions-recht und entsprechende Verfahren berücksichtigt werden müssen.

Bei alledem darf jedoch nicht vergessen werden, dass ungeachtet nationaler Verfahren – ob nun mit oder ohne Einbeziehung des Parlaments – sich die Mitgliedstaaten darauf einigen konnten, das aktuell auf von den Ausschüssen angenommene Änderungen anwendbare vereinfachte Verfahren (Artikel 35) anzuwenden. Die detaillierten Ergebnisse der Befragung sind im Anhang des Dokuments [LAW-17126-CR 26/5](#) enthalten, das dem 26. Revisionsausschuss unterbreitet wurde.

10. Auf seiner 26. Tagung hat der Revisionsausschuss diverse Vorschläge zur Änderung des COTIF beraten, die im vom Generalsekretär in Dokument [LAW-17126-CR 26/5](#) unterbreitet worden waren. Er hat die Option eines festen Zeitplans für das Inkrafttreten angenommener Änderungen befürwortet.

Der Revisionsausschuss unterstützte auch die Einführung eines „sanften“ Berichterstattungsmechanismus durch Beschluss der Generalversammlung, der als nützliches Instrument für die Mitgliedstaaten zum rechtzeitigen Abschluss ihrer nationalen Verfahren angesehen wurde: *„Mitgliedstaaten sollten den Generalsekretär über jegliche Schwierigkeiten beim Abschluss ihrer nationalen Verfahren in Zusammenhang mit den von der Generalversammlung angenommenen Änderungen informieren. Der Generalsekretär sollte diesen Mitgliedstaaten wo immer möglich unter die Arme greifen.“*

#### **IV. BEGRÜNDUNG DER ÄNDERUNGEN**

11. Verschiedene Aspekte des Vorschlags in Anlage 1 dieses Dokuments müssen gesondert behandelt werden.

##### **Zeitspanne, *Opting out* und Abstimmung (Artikel 34 § 3)**

*Zeitspanne.* Nach Aussage vieler Mitgliedstaaten sollte der Zeitraum drei Jahre oder mindestens drei Jahre betragen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Dreijahresspanne auch der zeitlichen Taktung der Generalversammlung entspricht. Einigen Mitgliedstaaten zufolge sollte die Generalversammlung auch über einen gewissen Entscheidungsspielraum in Bezug auf das Inkrafttretensdatum von Änderungen verfügen, wobei die Zeitspanne jedoch in keinem Fall weniger als

drei Jahre, gerechnet vom Zeitpunkt der Annahme, betragen sollte. Von der Möglichkeit der Verschiebung des Inkrafttretens sollte insbesondere dann Gebrauch gemacht werden können, wenn ein Anhang umfassend überarbeitet wird. Der Beschluss über eine Verschiebung des Inkrafttretens der Änderungen sollte von derselben Mehrheit getroffen werden wie der Beschluss über die Änderungen selbst.

*Opting-out.* Um die nationale Souveränität zu respektieren, sollte sichergestellt werden, dass die Mitgliedstaaten „aussteigen“ können. Dieses Recht ist bereits im Übereinkommen verankert, sowohl in Bezug auf von der Generalversammlung angenommene Änderungen als auch auf vom Revisionsausschuss angenommene.

*Abstimmung.* Die Abstimmungsregeln sollten nicht geändert werden, so dass Änderungen nur angenommen werden können, wenn eine Mehrheit der Mitgliedstaaten dafür ist (Artikel 14 § 6 COTIF).

#### **Erklärungen über die Nichtgenehmigung (Artikel 34 §§ 4 und 6)**

Unter dem vorgeschlagenen Verfahren würden Mitgliedstaaten keine Mitteilungen über die Genehmigung von Änderungen an den Anhängen mehr machen, sondern nur noch Erklärungen über die Nichtgenehmigung oder Rücknahme solcher Erklärungen. Um das überarbeitete Verfahren widerzuspiegeln, müssen die Paragraphen geändert werden.

#### **Inkrafttretensbedingungen (Artikel 34 § 5)**

Im Gegensatz zu den am Grundübereinkommen vorgenommenen Änderungen werden alle Bedingungen für das Inkrafttreten der an den Anhängen vorgenommenen Änderungen in dem überarbeiteten § 3 festgelegt.

#### **Rechtliche Folgen einer Erklärung über die Nichtgenehmigung (Artikel 34 § 7)**

Ein Mitgliedstaat hat darum zu prüfen, ob bei einer Erklärung über die Nichtgenehmigung der gesamte Anhang für den betreffenden Mitgliedstaat ausgesetzt würde oder lediglich die betreffende Bestimmung. Einem fest etablierten COTIF-Grundsatz zufolge sollte zu einem gegebenen Zeitpunkt immer nur eine COTIF-Fassung, einschließlich Anhänge, Anwendung finden. Dieser Ansatz sichert ein einheitliches Eisenbahnrecht und verhindert Fragmentierung. Die bei anderen Übereinkommen verfolgte Praxis beweist, dass die gleichzeitige Anwendung unterschiedlicher Fassungen eines Vertrages zu Rechtsfragmentierung und damit verbunden zu praktischen Schwierigkeiten führt.

### **V. BESCHLUSSVORSCHLAG**

1. Gemäß Artikel 33 § 2 COTIF nimmt die Generalversammlung die Änderungen des Artikels 34 §§ 3 bis 6 des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Protokolls vom 3. Juni 1999 (Protokoll von Vilnius) in der in Anlage 1 zum Dokument SG-18035-AG 13/10 enthaltenen Fassung [und mit den während der Tagung vorgenommenen Änderungen] an.

2. Die Generalversammlung genehmigt die in Anlage 2 zum Dokument SG-18035-AG 13/10 enthaltenen Änderungen der Erläuternden Bemerkungen [in der während der Tagung geänderten Fassung].

3. Die Generalversammlung beauftragt den Generalsekretär, die Erläuternden Bemerkungen zu ändern, um an den entsprechenden Stellen die vorbereitenden Arbeiten und die Diskussionen der 13. Generalversammlung zur Änderung des Verfahrens zur Revision des COTIF widerzuspiegeln.

4. Die Generalversammlung beauftragt den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten auf Antrag und nach Möglichkeit bei der Durchführung der nationalen Verfahren zu unterstützen, die für die von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen erforderlich sind.



Organisation intergouvernementale pour les transports internationaux ferroviaires  
Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr  
Intergovernmental Organisation for International Carriage by Rail

**Assemblée générale  
Generalversammlung  
General Assembly**

**SG-18035-AG 13/10  
Annexe/Anlage/Annex 1  
25.05.2018**

Original: FR DE EN

## **13<sup>E</sup> SESSION / 13. TAGUNG / 13<sup>TH</sup> SESSION**

---

**Révision partielle de la Convention** – Projet de texte (Modification de la procédure de révision de la COTIF)

**Teilrevision des Grundübereinkommens** – Textentwürfe (Änderung des Verfahrens zur Revision des COTIF)

**Partial revision of the Base Convention** – Draft texts (Amendment of the procedure for revising COTIF)

### Proposition de modification

L'article 34, § 3 et 6, de la Convention relative aux transports internationaux ferroviaires (COTIF) du 9 mai 1980 telle que modifiée par le protocole du 3 juin 1999 (Protocole de Vilnius) est modifié comme suit :

### Änderungsvorschlag

Artikel 34 §§ 3 und 6 des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Protokolls vom 3. Juni 1999 (Protokoll von Vilnius) erhält folgenden Wortlaut:

### Proposal for text modifications

Article 34 §§ 3 to 6 of the Convention concerning International Carriage by Rail (COTIF) of 9 May 1980 in the version of the Protocol of 3 June 1999 (Vilnius Protocol) read as follows:

#### Article 34 Décisions de l'Assemblée générale

*[Le § 1 et le § 2 ne sont pas modifiés, mais reproduits à titre purement informatif.]*

- § 1 Les modifications de la Convention décidées par l'Assemblée générale sont notifiées par le Secrétaire général aux Etats membres.
- § 2 Les modifications de la Convention proprement dite, décidées par l'Assemblée générale, entrent en vigueur, douze mois après leur approbation par les deux tiers des Etats membres, pour tous les Etats membres à l'exception de ceux qui, avant leur entrée en vigueur, ont fait une déclaration aux termes de laquelle ils n'approuvent pas lesdites modifications.
- § 3 Les modifications des Appendices à la Convention, décidées par l'Assemblée générale, entrent en vigueur, ~~douze-trente-six~~ mois après leur notification par le Secrétaire général

#### Artikel 34 Beschlüsse der Generalversammlung

*[§§ 1 und 2 nicht geändert (lediglich zu Informationszwecken wiedergegeben)]*

- § 1 Die von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen des Übereinkommens werden den Mitgliedstaaten vom Generalsekretär mitgeteilt.
- § 2 Die von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen des Übereinkommens selbst treten zwölf Monate nach Genehmigung durch zwei Drittel der Mitgliedstaaten für alle Mitgliedstaaten in Kraft mit Ausnahme der Mitgliedstaaten, die vor Inkrafttreten der Änderungen erklären, dass sie ihnen nicht zustimmen.
- § 3 Die von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen der Anhänge zum Übereinkommen treten ~~zwölf-sechunddreißig~~ Monate nach Mitteilung der Änderungen Genehmigung durch

#### Article 34 Decisions of the General Assembly

*[§§ 1 and 2 not modified (presented for information purposes only)]*

- § 1 Modifications of the Convention decided upon by the General Assembly shall be notified to the Member States by the Secretary General.
- § 2 Modifications of the Convention itself, decided upon by the General Assembly, shall enter into force for all Member States twelve months after their approval by two-thirds of the Member States with the exception of those which, before the entry into force, have made a declaration in terms that they do not approve such modifications.
- § 3 Modifications of the Appendices to the Convention, decided upon by the General Assembly, shall enter into force for all Member States ~~twelve-thirty-six~~ months after their

~~approbation par la moitié des Etats n'ayant pas fait une déclaration conformément à l'article 42, § 1, première phrase,~~ pour tous les Etats membres à l'exception de ceux qui, avant leur entrée en vigueur, ont fait une déclaration aux termes de laquelle ils n'approuvent pas lesdites modifications et de ceux qui ont fait une déclaration conformément à l'article 42, § 1, première phrase. L'Assemblée générale peut décider, à la majorité prévue à l'article 14, § 6, pour les décisions concernant les propositions portant modification à la Convention, de différer l'entrée en vigueur des modifications.

§ 4 Les Etats membres adressent, au Secrétaire général, leurs notifications concernant l'approbation des modifications de la Convention proprement dite décidées par l'Assemblée générale ainsi que leurs déclarations aux termes desquelles ils n'approuvent pas elles modifications à la Convention proprement dite ou à ses Appendices. Le Secrétaire général en informe les autres ~~E~~Etats membres.

§ 5 Le délai visé au ~~x~~ § 2 ~~et 3~~ court à compter du jour de la notification du Secrétaire général, que les conditions pour l'entrée en vigueur des modifications sont remplies.

§ 6 L'Assemblée générale peut spécifier, au moment de l'adoption d'une modification, que celle-ci est d'une portée telle que tout Etat membre qui aura fait une déclaration visée au § 2 ou au § 3 et qui n'aura pas approuvé la modification ou retiré sa déclaration dans le délai de dix-huit mois à dater de son entrée en vigueur cessera, à

~~die Hälfte der Mitgliedstaaten, die eine Erklärung gemäß Artikel 42 § 1 Satz 1 nicht abgegeben haben, durch den Generalsekretär an die Mitgliedstaaten~~ für alle Mitgliedstaaten in Kraft, mit Ausnahme derjenigen Mitgliedstaaten, die vor Inkrafttreten der Änderungen erklären, dass sie ihnen nicht zustimmen, sowie derjenigen Mitgliedstaaten, die eine Erklärung gemäß Artikel 42 § 1 Satz 1 abgegeben haben. Die Generalversammlung kann mit der in Artikel 14 § 6 für Beschlüsse zur Änderung des Übereinkommens vorgesehenen Mehrheit beschließen, das Inkrafttreten der Änderungen aufzuschieben.

§ 4 Die Mitgliedstaaten richten ihre Mitteilungen über die Genehmigung der von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen des Übereinkommens selbst sowie ihre Erklärungen, wonach sie ~~diesen~~ Änderungen am Übereinkommen selbst oder seinen Anhängen nicht zustimmen, an den Generalsekretär. Er unterrichtet hierüber die übrigen Mitgliedstaaten.

§ 5 Die in §§ 2 ~~und 3~~ genannte Frist berechnet sich ab dem Tag der Mitteilung des Generalsekretärs über das Vorliegen der Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Änderungen.

§ 6 Die Generalversammlung kann bei der Beschlussfassung über eine Änderung feststellen, dass diese Änderung von solcher Tragweite ist, dass für jeden Mitgliedstaat, der eine Erklärung gemäß § 2 oder § 3 abgibt und der die Änderung nicht innerhalb von achtzehn Monaten nach ihrem Inkrafttreten genehmigt und/oder seine Erklärung zurückzieht, nach Ablauf dieser Frist

~~notification by the Secretary General approval by half of the Member States which have not made a declaration pursuant to Article 42 § 1, first sentence,~~ with the exception of those which, before the entry into force, have made a declaration in terms that they do not approve such modifications and with the exception of those which have made a declaration pursuant to Article 42 § 1, first sentence. The General Assembly may decide, by the majority provided for under Article 14 § 6 for taking decisions about proposals aiming to modify the Convention, to defer the entry into force of modifications.

§ 4 The Member States shall address their notifications concerning the approval of modifications of the Convention itself decided upon by the General Assembly as well as their declarations in terms that they do not approve ~~such~~ modifications of the Convention itself or its Appendices, to the Secretary General. The Secretary General shall give notice of them to the other Member States.

§ 5 The period referred to in §§ 2 ~~and 3~~ shall run from the day of the notification by the Secretary General that the conditions for the entry into force of the modifications are fulfilled.

§ 6 The General Assembly may specify, at the time of adoption of a modification, that it is such that any Member State which will have made a declaration pursuant to § 2 or § 3 and which will not have approved the modification and/or withdrawn its declaration within the period of eighteen months running from its entry into force

l'expiration de ce délai, d'être Etat membre de l'Organisation.

*[Le § 7 n'est pas modifié, mais reproduit à titre purement informatif.]*

§ 7 Lorsque les décisions de l'Assemblée générale concernent les Appendices à la Convention, l'application de l'Appendice concerné est suspendue, dans son intégralité, dès l'entrée en vigueur des décisions, pour le trafic avec et entre les Etats membres qui se sont opposés, conformément au § 3, aux décisions dans les délais impartis. Le Secrétaire général notifie aux Etats membres cette suspension ; elle prend fin à l'expiration d'un mois à compter de la date à laquelle le Secrétaire général a notifié aux autres Etats membres la levée de l'opposition.

die Mitgliedschaft in der Organisation beendet ist.

*[\$ 7 nicht geändert (lediglich zu Informationszwecken wiedergegeben)]*

§ 7 Soweit Beschlüsse der Generalversammlung Änderungen der Anhänge zum Übereinkommen betreffen, ist die Anwendung des jeweiligen Anhangs insgesamt im Verkehr mit und zwischen den Mitgliedstaaten, die den Beschlüssen rechtzeitig gemäß § 3 widersprochen haben, mit dem Inkrafttreten der Beschlüsse ausgesetzt. Der Generalsekretär teilt diese Aussetzung den Mitgliedstaaten mit; sie verliert ihre Wirkung nach Ablauf eines Monats, gerechnet von dem Tag, an dem der Generalsekretär die Rücknahme eines solchen Widerspruchs den übrigen Mitgliedstaaten mitgeteilt hat.

will cease, on the expiration of this period, to be a Member State of the Organisation.

*[\$ 7 not modified (presented for information purposes only)]*

§ 7 When decisions of the General Assembly concern Appendices to the Convention, the application of the Appendix in question shall be suspended, in its entirety, from the entry into force of the decisions, for traffic with and between the Member States which have, in accordance with § 3, opposed the decisions within the period allowed. The Secretary General shall notify the Member States of that suspension; it shall come to an end on the expiration of a month from the day on which the Secretary General notified the other Member States of the withdrawal of opposition.



Organisation intergouvernementale pour les transports internationaux ferroviaires  
Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr  
Intergovernmental Organisation for International Carriage by Rail

**Assemblée générale  
Generalversammlung  
General Assembly**

**SG-18035-AG 13/10  
Annexe/Anlage/Annex 2  
25.05.2018**

Original: FR DE EN

## **13<sup>E</sup> SESSION / 13. TAGUNG / 13<sup>TH</sup> SESSION**

---

**Révision partielle de la Convention** – Projet de texte pour le Rapport explicatif  
(Modification de la procédure de révision de la COTIF)

**Teilrevision des Grundübereinkommens** – Textentwürfe für die Erläuternden  
Bemerkungen (Änderung des Verfahrens zur Revision des COTIF)

**Partial revision of the Base Convention** – Draft texts for the Explanatory Report  
(Amendment of the procedure for revising COTIF)

**Projet de texte  
pour le Rapport explicatif**

Le Rapport explicatif dans la teneur du 30.9.2015 est modifié comme suit :

**Convention relative aux transports internationaux  
ferroviaires  
(COTIF)**

**du 9 mai 1980**

**dans la teneur du Protocole de modification du 3 juin  
1999**

**Rapport explicatif**

[...]

**Titre VI  
Modification de la Convention**

Le titre VI (art. 33 à 35) correspond, avec des modifications toutefois importantes, au titre V (art. 19 à 21) de la COTIF 1980.

**Textentwürfe  
für die Erläuternden Bemerkungen**

Die Erläuternden Bemerkungen in der Fassung vom 30.09.2015 werden wie folgt geändert:

**Übereinkommen über den internationalen  
Eisenbahnverkehr  
(COTIF)**

**vom 9. Mai 1980**

**in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 3.  
Juni 1999**

**Erläuternde Bemerkungen**

[...]

**Titel VI  
Änderung des Übereinkommens**

Titel VI (Art. 33 bis 35) entspricht - allerdings mit wesentlichen Änderungen - dem Titel V (Art. 19 bis 21) COTIF 1980.

**Draft  
texts for the Explanatory Report**

The Explanatory Report in its version of 30.09.2015 is amended as follows:

**Convention concerning International Carriage by  
Rail  
(COTIF)**

**of 9 May 1980**

**in the version of the Protocol of Modification of 3  
June 1999**

**Explanatory Report**

[...]

**Title VI  
Modification of the Convention**

Title VI (Articles 33 to 35) corresponds - but with significant amendments - to Title V (Articles 19 to 21) of COTIF 1980.

### Article 33 Compétence

[§ 1 et 2 non modifiés]

3. En qui concerne les modifications soumises à la procédure simplifiée (à savoir les modifications adoptées par les commissions), le projet du Secrétariat du 30 août 1996 avait prévu d'étendre la compétence de la Commission de révision à toutes les dispositions des RU CIV et RU CIM ainsi que des nouveaux appendices D (RU CUV – droit des véhicules) et E (RU CUI – utilisation de l'infrastructure). Cet élargissement de compétence avait pour but de permettre une adaptation plus rapide à la fois du droit des transports et des deux nouveaux appendices nouvellement créés aux modifications économiques et juridiques. Le projet du Secrétariat prévoyait ~~avait~~ par ailleurs prévu de ne plus soumettre obligatoirement qu'il n'était plus nécessaire de soumettre les décisions de l'Assemblée générale à une procédure de ratification.
4. Lors des délibérations Dans le cadre de la Commission de révision, il est apparu qu'eu égard au droit constitutionnel de nombreux États membres, une simplification aussi étendue de la procédure de révision ne pouvait être obtenue ni pour la Convention même ni pour les appendices (procès-verbal de la 11<sup>e</sup> session, p. 19-28). Les dispositions concernant les fondements de la responsabilité, la charge de la preuve, le champ d'application, les dommages-intérêts, la

### Artikel 33 Zuständigkeiten

[§§ 1 und 2 nicht geändert]

3. Der Entwurf des Sekretariates vom 30. August 1996 hatte vorgesehen, die Zuständigkeit des Revisionsausschusses für Änderungen im sogenannten vereinfachten Verfahren (d. h. von den Ausschüssen angenommene Änderungen) auf alle Bestimmungen der ER CIV und der ER CIM sowie der neuen Anhänge D (ER CUV - Wagenrecht) und E (ER CUI - Nutzung der Eisenbahninfrastruktur) auszudehnen. Diese Kompetenzerweiterung sollte eine schnellere Anpassung sowohl des Transportrechtes als auch und der beiden neuen geschaffenen Anhänge an eingetretene wirtschaftliche und rechtliche Veränderungen erlauben. Darüber hinaus hatte der Entwurf des Sekretariates vorgesehen, dass die Beschlüsse der Generalversammlung nicht mehr zwingend einem Ratifikationsverfahren unterworfen werden sollten müssen.
4. Bei den Beratungen des Im Revisionsausschusses stellte sich heraus, dass eine so weitgehende Vereinfachung des Revisionsverfahrens mit Rücksicht auf die Verfassungsrechtslage in zahlreichen Mitgliedstaaten weder für das Übereinkommen selbst noch für die Anhänge erreicht werden konnte (Niederschrift 11. Tagung, S. 19-28). Vom vereinfachten Verfahren (d. h. von den Ausschüssen angenommene Änderungen) der

### Article 33 Competence

[Paragraphs 1 and 2 not modified]

3. With regard to amendments subject to the simplified procedure (i.e. modifications adopted by the Committees), the Secretariat draft of 30 August 1996 ~~had~~ made provision to extend the competence of the Revision Committee to all the provisions of the CIV Uniform Rules and CIM Uniform Rules, as well as to the new Appendices D (CUV Uniform Rules - vehicle law) and E (use of the infrastructure). The objective of this broadening of competence was to allow ~~both the~~ transport law and the two ~~newly created~~ Appendices to be ~~more rapidly~~ adapted more rapidly to economic and legal changes. In addition, the Secretariat draft ~~had~~ provided that ~~the~~ decisions of the General Assembly ~~should need~~ no longer be ~~mandatorily~~ subjected to a ratification procedure.
4. In the course of the deliberations of At the Revision Committee, it became evident that, in view of the constitutional law of numerous Member States, it is not possible to achieve such an extensive simplification of the revision procedure, for ~~either~~ the Convention itself or for the Appendices (Report on the 11<sup>th</sup> session, pp. 19-28). The provisions concerning the bases of liability, the burden of proof, the scope of application, compensatory damages, the

prescription et l'extinction des droits ainsi que le for, ont été exclues de la procédure de révision simplifiée, utilisée pour les modifications adoptées par les commissions (procès-verbal de la 19<sup>e</sup> session, p. 75/76 ; procès-verbal de la 21<sup>e</sup> session, p. 36-38 et procès-verbal de la 5<sup>e</sup> Assemblée générale, p. 48-51).

[§ 5 à 7 non modifiés]

**Article 34**  
**Décisions de l'Assemblée générale**

1. L'article 34 renonce en partie au système de l'article 20, § 1 et 2 de la COTIF 1980. Les expériences faites avec la COTIF ~~du 9 mai~~-1980, entrée en vigueur seulement le 1<sup>er</sup> mai 1985, et le Protocole du 20 décembre 1990, entré en vigueur seulement le 1<sup>er</sup> novembre 1996, justifient cette modification. Entre l'adoption et l'entrée en vigueur, presque cinq ans se sont écoulés dans le premier cas et presque six ans, dans le second cas, le nombre nécessaire de ratifications, d'adoptions ou d'approbations n'ayant pu être obtenu dans de meilleurs délais.
2. Le projet du Secrétariat du 30 août 1996 ~~avait prévu~~prévoyait une entrée en vigueur automatique des modifications de la Convention décidées par l'Assemblée générale pour les États

Änderung durch den Revisionsausschuss wurden die Bestimmungen über die Grundlagen der Haftung, über die Beweislast, über den Anwendungsbereich, über die Schadenersatzleistungen, über die Verjährung und das Erlöschen von Ansprüchen sowie über Gerichtsstandbestimmungen ausgenommen (Niederschrift 19. Tagung, S. 75/76; Niederschrift 21. Tagung, S. 36-38 und Niederschrift 5. Generalversammlung, S. 48-51).

[§§ 5 bis 7 nicht geändert]

**Artikel 34**  
**Beschlüsse der Generalversammlung**

1. Artikel 34 stellt eine teilweise Abkehr vom System des Artikels 20 §§ 1 und 2 COTIF 1980 dar. Die Erfahrungen mit der Inkraftsetzung des COTIF ~~vom 9. Mai~~-1980 - erst zum 1. Mai 1985 - und mit der Inkraftsetzung des Protokolls vom 20. Dezember 1990 - erst zum 1. November 1996 - rechtfertigen diese Änderung. Zwischen der Verabschiedung und dem Inkrafttreten lagen im ersten Fall fast fünf, im zweiten Fall fast sechs Jahre, weil die erforderliche Zahl von Ratifikationen, Annahmen oder Genehmigungen in kürzerer Frist nicht erreicht wurde.
2. Der Entwurf des Sekretariates vom 30. August 1996 hatte ein automatisches Inkrafttreten der von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen des Übereinkommens für die

limitation and extinguishment of rights and the place of jurisdiction have been excluded from the simplified revision procedure (i.e. modifications adopted by the Committees) (Report on the 19<sup>th</sup> session, p. 75/76; Report on the 21<sup>st</sup> session, pp. 36 - 38 and Report on the 5<sup>th</sup> General Assembly, pp. 48-51).

[Paragraphs 5 to 7 not modified]

**Article 34**  
**Decisions of the General Assembly**

1. Article 34 partially abandons the system according to Article 20, §§ 1 and 2 of COTIF 1980. This amendment is justified by the experience with ~~the COTIF of 9 May~~-1980, which did not come into force until 1 May 1985, and with the Protocol of 20 December 1990, which did not come into force until 1 November 1996. In the first case, almost five years elapsed between adoption and entry into force, and almost six years in the second case, due to the fact that it had not been possible to achieve the necessary number of ratifications, adoptions or approvals within a shorter period.
2. The Secretariat draft of 30 August 1996 ~~had~~ provided for amendments to the Convention decided by the General Assembly coming into force automatically for States which did not

~~n'ayant pas déclaré, ne s'étant pas opposé à ces modifications~~ avant l'expiration d'un délai prévu pour l'entrée en vigueur, ~~qu'ils s'opposaient aux modifications~~. Une simplification aussi étendue de la procédure de révision en ce qui concerne les décisions de l'Assemblée générale n'a pas remporté la majorité nécessaire (procès-verbal de la 11<sup>e</sup> session, p. 23/24 ; procès-verbal de la 4<sup>e</sup> Assemblée générale, p. 58/59, ligne directrice 8.1 ; procès-verbal de la 14<sup>e</sup> session, p. 67–69 ; procès-verbal de la 21<sup>e</sup> session, p. 41/42). ~~L'on a finalement adopté une solution selon laquelle les modifications de la Convention proprement dite décidées par l'Assemblée générale entrent en vigueur douze mois après leur approbation par les deux tiers des États membres pour tous les États membres à l'exception de ceux qui ont fait une déclaration aux termes de laquelle ils n'approuvent pas lesdites modifications (§ 2). Dans le cas des modifications des appendices décidées par l'Assemblée générale, l'approbation par la moitié des États membres est suffisante. Le délai de douze mois demeure inchangé (§ 3).~~

3. La procédure de modification des appendices a été réexaminée à la 26<sup>e</sup> session de la Commission de révision et par la 13<sup>e</sup> Assemblée générale. Compte tenu des larges évolutions réglementaires régionales et nationales, l'entrée en vigueur à une date impartie des modifications du droit ferroviaire unifié consacré dans les appendices a été soutenue et l'Assemblée générale a adopté des modifications de l'article 34, § 3 à 6.

Staaten vorgesehen, die ~~den Änderungen nicht~~ vor Ablauf einer für das Inkrafttreten vorgesehenen Frist ~~nicht~~ ausdrücklich ~~erklären/widersprechen, dass sie den Änderungen nicht zustimmen~~. Eine so weit gehende Vereinfachung des Revisionsverfahrens bei Beschlüssen der Generalversammlung erwies sich jedoch als nicht mehrheitsfähig (Niederschrift 11. Tagung, S. 23/24; Niederschrift 4. Generalversammlung, S. 58/59; Leitlinie 8.1; Niederschrift 14. Tagung S. 67-69; Niederschrift 21. Tagung, S. 41/42). ~~Angenommen wurde schließlich eine Lösung, wonach die von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen des Übereinkommens selbst zwölf Monate nach der Genehmigung durch zwei Drittel der Mitgliedstaaten für alle Mitgliedstaaten in Kraft treten mit Ausnahme derjenigen, die erklären, dass sie ihnen nicht zustimmen (§ 2). Bei von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen der Anhänge genügt die Genehmigung durch die Hälfte der Mitgliedstaaten. Die Frist von 12 Monaten ist die gleiche (§ 3).~~

3. Das Verfahren zur Änderung der Anhänge wurde bei der 26. Tagung des Revisionsausschusses und der 13. Tagung der Generalversammlung neuerlich geprüft. Unter Berücksichtigung der intensiven nationalen und regionalen rechtlichen Entwicklungen wurde das rechtzeitige Inkrafttreten von Änderungen des in den Anhängen enthaltenen einheitlichen Eisenbahnrechts unterstützt und die Generalversammlung nahm Änderungen des Artikels 34 §§ 3 bis 6 an.

~~declare opposition to oppose~~ the amendments prior to the expiry of a period set for their entry into force. Such an extensive simplification of the revision procedure in respect of the decisions of the General Assembly did not achieve the necessary majority (Report on the 11<sup>th</sup> session, p. 23/24; Report on the 4<sup>th</sup> General Assembly, p. 58/59, Guideline 8.1; Report on the 14<sup>th</sup> session, pp. 67 B 69; Report on the 21<sup>st</sup> session, p. 41/42). ~~A solution was finally adopted according to which the amendments to the Convention proper decided by the General Assembly come into force, for all Member States except those which have made a declaration to the effect that they do not approve the said amendments (§ 2), twelve months after their approval by two thirds of the Member States. In the case of amendments to the Appendices decided by the General Assembly, approval by half of the Member States is sufficient. The period of twelve months remains unchanged (§ 3).~~

3. The procedure for amendments to the Appendices was reconsidered at the 26<sup>th</sup> Revision Committee and 13<sup>th</sup> General Assembly. Taking into account intensive national and regional regulatory developments, the timely entry into force on a specified date of amendments to unified railway law, as set out in the Appendices, was supported and the General Assembly adopted modifications to Article 34 §§. 3 to 6.

4. Le § 2 prévoit que L'on a finalement adopté une solution selon laquelle les modifications de la Convention proprement dite décidées par l'Assemblée générale entrent en vigueur douze mois après leur approbation par les deux tiers des États membres pour tous les États membres à l'exception de ceux qui ont fait une déclaration aux termes de laquelle ils n'approuvent pas lesdites modifications (§ 2). Dans le cas des modifications des appendices décidées par l'Assemblée générale, l'approbation par la moitié des États membres est suffisante. Le délai de douze mois demeure inchangé (§ 3). Le terme « approbation » est ici un terme générique désignant tout acte exprimant le consentement à être lié par les modifications, comme par exemple les instruments d'approbation, d'acceptation ou de ratification.

Les déclarations d'approbation ne peuvent être faites et les déclarations de non-approbation faites et retirées que par les « autorités qualifiées » (chefs d'État, chefs de gouvernement et ministres des affaires étrangères) ou d'autres autorités à condition qu'elles présentent des pleins pouvoirs au Dépositaire.

5. Le § 3 établit que les modifications des appendices adoptées par l'Assemblée générale entrent automatiquement en vigueur trente-six mois après leur notification par le Secrétaire général pour tous les États membres à l'exception de ceux qui, avant l'entrée en vigueur, ont fait une déclaration aux termes de

4. § 2 schreibt vor, dass Angenommen wurde schließlich eine Lösung, wonach die von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen des Übereinkommens selbst zwölf Monate nach der Genehmigung durch zwei Drittel der Mitgliedstaaten für alle Mitgliedstaaten in Kraft treten, mit Ausnahme derjenigen, die erklären, dass sie ihnen nicht zustimmen (§ 2). Bei von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen der Anhänge genügt die Genehmigung durch die Hälfte der Mitgliedstaaten. Die Frist von 12 Monaten ist die gleiche (§ 3). Der Begriff ‚Genehmigung‘ steht dabei als Oberbegriff für jeglichen Akt, mit dem die Zustimmung zum Ausdruck gebracht wird, durch die Änderungen gebunden zu sein; es sind dies beispielsweise Genehmigungs-, Annahme- oder Ratifikationsurkunden.

Nur ‚Ermächtigungsautoritäten‘ (Staats- und Regierungschefs oder Minister für auswärtige Angelegenheiten) oder gehörig bevollmächtigte Personen, vorausgesetzt die Vollmacht wurde beim Depositar hinterlegt, können Erklärungen über die Genehmigung abgegeben und Erklärungen über die Nichtgenehmigung abgeben oder zurücknehmen.

5. § 3 legt fest, dass von der Generalversammlung angenommene Änderungen der Anhänge sechsunddreißig Monate nach Mitteilung der Änderungen durch den Generalsekretär für alle Mitgliedstaaten automatisch in Kraft treten, mit Ausnahme derjenigen Mitgliedstaaten, die vor Inkrafttreten der Änderungen erklären, dass sie

4. § 2 prescribes that A solution was finally adopted according to which the amendments to the Convention ~~properly~~ decided by the General Assembly come into force, for all Member States except those which have made a declaration to the effect that they do not approve the said amendments (§ 2), twelve months after their approval by two-thirds of the Member States. ~~In the case of amendments to the Appendices decided by the General Assembly, approval by half of the Member States is sufficient. The period of twelve months remains unchanged (§ 3). The term ‘approval’ is a generic term covering any act expressing consent to be bound by the modifications, such as instruments of approval, acceptance or ratification.~~

Declarations of approval may only be made, and declarations of non-approval may only be made and withdrawn, by ‘Qualified Authorities’ (Heads of State, Heads of Government or Ministers for Foreign Affairs) or other authorities on condition that full powers are submitted to the Depository.

5. § 3 says that amendments to the Appendices adopted by the General Assembly enter into force automatically for all Member States thirty-six months after their notification by the Secretary General, with the exception of those which, before the entry into force, have made a declaration in terms that they do not approve such

laquelle ils n'approuvent pas lesdites modifications et de ceux qui ont fait une déclaration conformément à l'article 42, § 1, première phrase.

Le délai entre l'adoption des modifications et leur entrée en vigueur devrait être raisonnable afin de permettre l'exécution des procédures nationales et de donner le temps au secteur privé de préparer l'application des nouvelles règles. En règle générale, le délai de trois ans, qui correspond également à la périodicité de l'Assemblée générale, a été jugé raisonnable et suffisant. Ces trois années pouvant ne pas suffire pour des modifications de grande ampleur, l'Assemblée générale peut décider d'un délai plus long.

Les déclarations de non-approbation ne peuvent être faites et retirées que par les « autorités qualifiées » (chefs d'État, chefs de gouvernement et ministres des affaires étrangères) ou d'autres autorités à condition qu'elles présentent des pleins pouvoirs.

6. Dans le cas des modifications adoptées par l'Assemblée générale et la Commission de révision, les § 2 et 3 consacrent le droit des États membres de choisir de ne pas être liés, en émettant une déclaration de non-approbation. Les conséquences juridiques sont décrites à l'article 34, § 6 et 7.

ihnen nicht zustimmen, sowie derjenigen Mitgliedstaaten, die eine Erklärung gemäß Artikel 42 § 1 Satz 1 abgegeben haben.

Die Zeitspanne zwischen Annahme einer Änderung und ihrem Inkrafttreten sollte hinreichend lang sein, so dass nationale Verfahren abgeschlossen werden können und der Privatsektor sich auf die Anwendung neuer Regeln vorbereiten kann. Allgemein wurde die Dreijahresfrist, die auch der Periodizität der Generalversammlung entspricht, als angemessen und ausreichend angesehen. Da drei Jahre für umfassende Änderungen möglicherweise zu kurz sein können, kann die Generalversammlung eine längere Frist beschließen.

Nur ‚Ermächtigungsautoritäten‘ (Staats- und Regierungschefs oder Minister für auswärtige Angelegenheiten) oder gehörig bevollmächtigte Personen können Erklärungen über die Nichtgenehmigung abgeben oder zurücknehmen.

6. Bei von der Generalversammlung und dem Revisionsausschuss beschlossenen Änderungen sehen die §§ 2 und 3 das Recht der Mitgliedstaaten vor, durch eine Erklärung über die Nichtgenehmigung „auszusteigen“. Die rechtlichen Folgen dieser Maßnahme sind in Artikel 34 §§ 6 und 7 dargelegt.

modifications and with the exception of those which have made a declaration pursuant to Article 42 § 1, first sentence.

The time between adoption of the modifications and their entry into force should be reasonable in order to allow national procedures to be completed and give the private sector time to prepare for the application of new rules. As a general rule, the three year time period, which also corresponds to the periodicity of the General Assembly, was considered as reasonable and sufficient. As three years may not be sufficient for comprehensive amendments, the General Assembly may decide on a longer period.

Declarations of non-approval may only be made and withdrawn, by ‘Qualified Authorities’ (Heads of State, Heads of Government or Ministers for Foreign Affairs) or other authorities on condition that full powers are submitted.

6. In case of modifications adopted by the General Assembly and the Revision Committee, §§ 2 and 3 enshrine the right of Member States to opt out by issuing a declaration of non-approval. The legal consequences of opting out are described in Article 34, §§ 6 and 7.

37. ~~L'on a nouvellement introduit la possibilité pour l'Assemblée générale de spécifier, a~~ Au moment de l'adoption d'une modification, ~~l'Assemblée générale peut spécifier~~ que celle-ci est d'une nature telle que les États qui ne peuvent pas accepter cette modification, devront sortir de l'Organisation (§ 6). La conséquence juridique de la suspension de l'application des Règles uniformes, jusqu'alors prévue à l'article 20, § 3, de la COTIF 1980, a été maintenue, dans la mesure où les décisions de l'Assemblée générale concernent des appendices à la Convention (§ 7). Ces deux conséquences juridiques ont pour objet de maintenir l'unité juridique en trafic international ferroviaire (procès-verbal de la 21<sup>e</sup> session, p. 44-46). Ce n'est certes pas une solution idéale, mais elle permet d'éviter une incertitude juridique, comme celle qui existe en trafic international aérien en raison des différentes versions de la Convention de Varsovie en vigueur.

37. ~~Neu geschaffen wurde die Möglichkeit, dass die Generalversammlung b~~ Bei der Beschlussfassung über eine Änderung ~~kann die Generalversammlung feststellen kann~~, dass diese Änderung von solcher Tragweite ist, dass Staaten, die solche Änderungen nicht annehmen können, aus der Organisation ausscheiden müssen (§ 6). Die bisher in Artikel 20 § 3 COTIF 1980 vorgesehene Rechtsfolge der Aussetzung der Anwendung von einheitlichen Rechtsvorschriften wurde beibehalten, soweit Beschlüsse der Generalversammlung Anträge zum Übereinkommen betreffen (§ 7). Beide Rechtsfolgen dienen der Aufrechterhaltung der Rechtseinheit im internationalen Eisenbahnverkehr (Niederschrift 21. Tagung, S. 44-46). Dies stellt zwar keine Ideallösung dar, jedoch wird eine Rechtsunsicherheit, wie sie im internationalen Luftverkehr auf Grund der unterschiedlichen in Kraft befindlichen Fassungen des Warschauer Abkommens herrscht, vermieden.

37. ~~A newly introduced possibility is for~~ When an amendment is adopted, the General Assembly ~~to~~ may specify that the amendment in question is of such a nature that those States which are unable to accept that amendment must leave the Organisation (§ 6). The legal consequence of the suspension of the application of the Uniform Rules, previously provided for by Article 20, § 3 of COTIF 1980, has been retained insofar as the decisions of the General Assembly concern the Appendices to the Convention (§ 7). The purpose of these two legal consequences is to maintain legal unity in international rail traffic (Report on the 21<sup>st</sup> session, pp. 44-46). It is granted that this is not an ideal solution, but it helps avoid legal uncertainty of the type that exists in international air traffic due to the different versions of the Warsaw Convention that are in force.